

VOLKS BLATT | SPLITTER

Parlament stimmt für EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens

STRASSBURG - Rumänien und Bulgarien haben auf ihrem Weg in die Europäische Union eine Hürde genommen. Trotz heftiger Kritik an Defiziten in beiden Ländern stimmte das Europaparlament mit grosser Mehrheit für den geplanten EU-Beitritt im Jahr 2007. (sda)

Gekrönte Häupter erwartet

PARIS - Mit Trauergeleit und Totenmesse nimmt Monaco am kommenden Freitag Abschied von Fürst Rainier III. Rund 3000 geladene Gäste, neben ausländischen Staatsgästen zahlreiche gekrönte Häupter, werden zu den Beisetzungsfeierlichkeiten für den 81-jährigen Monarchen erwartet. (sda/afp)

«Johnny B. Goode» ist tot

ST. LOUIS - Der amerikanische Rock'n'-Roll-Musiker und Komponist Johnnie Johnson ist am Mittwoch im Alter von 80 Jahren gestorben. Johnson schrieb zusammen mit Chuck Berry Hits wie «Roll Over Beethoven» und wurde von seinem Partner in «Johnny B. Goode» verewigt. Nachdem sich ihre Wege in den frühen 70er-Jahren trennten, trat Johnson unter anderem mit Keith Richards, Eric Clapton, John Lee Hooker und Bo Diddley auf. (AP)

Botschafter-Affäre

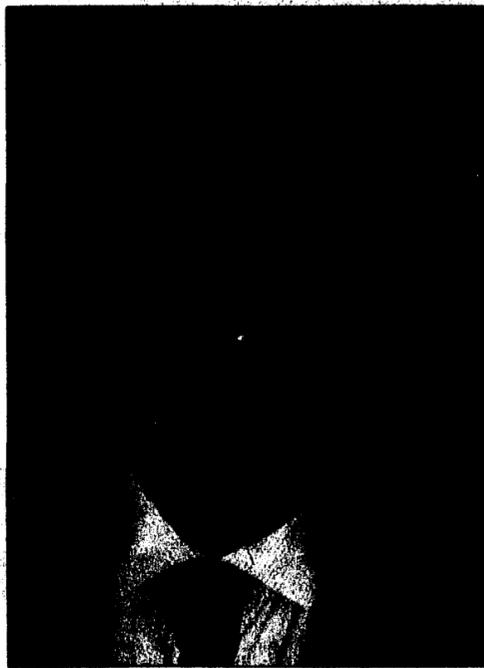
Abberufung des Deutschen Botschafters für die Schweiz und Liechtenstein

BERLIN - Aussenminister Joschka Fischer will den Botschafter für die Schweiz und Liechtenstein, Frank Elbe, wegen dessen massiver öffentlicher Kritik an der Visa-Praxis offenbar abberufen. Rot-Grün sieht noch Chancen, die TV-Vernehmung Fischers im Visa-Ausschuss als Ausnahmeregelung doch noch zu erreichen.

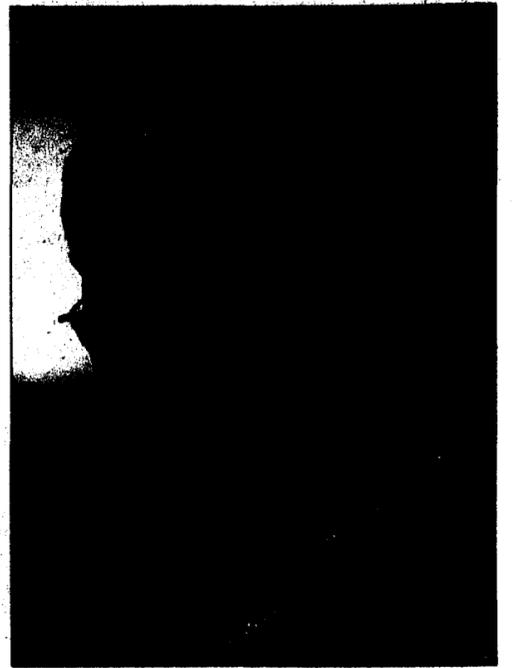
Der Ausschuss vernimmt heute Donnerstag vier hochrangige Beamte aus dem Auswärtigen Amt, die für die Visa-Vergabe verantwortlich waren oder sind.

Ein Gesuch zur Entlassung Elbes liegt nach einem Bericht der «Leipziger Volkszeitung» bereits bei Bundespräsident Horst Köhler. Das Auswärtige Amt wollte sich zu dem Bericht nicht äussern. Elbe hatte Ende März in einem Schreiben, das zeitgleich in einer Zeitung erschien, Fischer auch in der Kontroverse über die Nachrufe auf Diplomaten «miserables Krisenmanagement» und eine «Spaltung des Auswärtigen Amtes» vorgeworfen.

Elbe, der im Mai 64 Jahre alt wird, war von 1987 bis 1992 Bürochef von Fischers Amtsvorgänger Hans-Dietrich Genscher. Im Falle seiner Ablösung wäre er nach dem ehemaligen Botschafter in Madrid, Joachim Bitterlich, der zweite hochrangige Diplomat, den Fischer in den einstweiligen Ruhestand



Aussenminister Fischer (rechts) will den Deutschen Botschafter für die Schweiz und Liechtenstein, Frank Elbe, wegen dessen öffentlicher Kritik an der Visa-Praxis abberufen.



versetzte. Bitterlich war aussenpolitischer Berater von Exkanzler Helmut Kohl.

Die Koalition legte am Mittwoch in Berlin einen Antrag vor, wonach vorbehaltlich der Zustimmung Fischers «ausnahmsweise» die Fernseh-Übertragung seiner Anhörung am 25. April gestattet werden solle. Bisher hatte die Union eine Fern-

seh-Übertragung nur der Aussage Fischers als «Lex Fischer» abgelehnt und stattdessen die Übertragung aller Zeugenvernehmungen verlangt. Ein Kompromiss im Ausschuss könnte auf einen kleinen Personenkreis hinauslaufen, bei dem die Übertragung gestattet wird. Fischer wies in einem Interview der «tageszeitung» den Vor-

wurf zurück, dass es bei der Visa-Vergabe auch nach seinem Eingreifen 2003 schwere Missstände gegeben habe. «Das ist falsch», sagte der Grünen-Politiker. Einen Bericht der «Süddeutschen Zeitung» über Visa-Probleme in Kiew bis ins Jahr 2004 wies Aussenamtssprecher Walter Lindner als «schlichtweg falsch» zurück. (AP)

USA loben UNO-Vertrag

UNO beschliessen weltweiten Vertrag gegen Nuklear-Terrorismus

NEW YORK - Nach siebenjährigen Verhandlungen hat die UNO-Vollversammlung einem internationalen Vertrag zugestimmt. Dieser soll das Risiko von Terroranschlägen mit nuklearen Waffen reduzieren.

Die Konvention, die von Russland initiiert worden war, sieht die weltweite Verfolgung aller Personen und Gruppen vor, die sich Nuklearmaterial mit dem Ziel von Anschlügen verschaffen.

Neben dem illegalen Besitz von radioaktiven Stoffen soll auch jedwede Androhung von Terroranschlägen mit solchem Material als schweres Verbrechen eingestuft und verfolgt werden. Die USA lobten den Vertrag, der erst noch von den



UNO-Vollversammlung beschliesst Vertrag gegen atomare Gefahr.

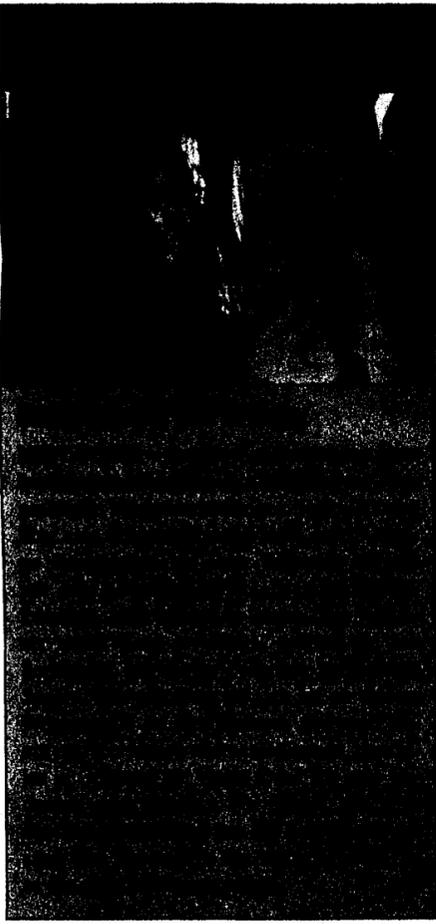
teilnehmenden Staaten ratifiziert werden muss, in einer Stellungnah-

me als Beweis dafür, dass «die UNO im Kampf gegen Terrorismus

eine bedeutende Rolle spielen können». Zugleich dankte die UNO-Mission der USA Russland für dessen Führungsrolle bei den Verhandlungen über den Vertragstext.

Die «Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus» wird bei der New Yorker Gipfelkonferenz zum 60. Jahrestag der Gründung der Vereinten Nationen vom 14. bis 16. September zur Unterzeichnung ausgelegt.

Der Vertrag tritt nach der Ratifizierung durch mindestens 22 Teilnehmerstaaten in Kraft. Die UNO-Vollversammlung appellierte am Mittwoch zugleich an alle 191 UNO-Mitgliedsstaaten, der Konvention beizutreten. (sda/dpa)



ANZEIGE STAR AUTOKOSMETIK. Komplette Innen- und Aussenreinigung mit Politur. Kleinwagen CHF 150.-, Kombi/Limousine CHF 200.-, Jeep CHF 250.-, PW Bus CHF 300.-. Nasenreinigung oder Leder Pflege + 50.-. Star-Autokosmetik, Landstr. 126, 9490 Vaduz, Tel: 079 764 68 54. Im April 25% Rabatt auf alle Angebote.

Karamé verzichtet

Keine Regierungsbildung im Libanon

BEIRUT - Die Regierungskrise im Libanon hat sich weiter verschärft: Nach dem endgültigen Scheitern der Koalitionsverhandlungen erklärte der designierte libanonesische Ministerpräsident Omar Karamé am Mittwoch seinen Amtsverzicht.

Seine Bemühungen um die Bildung einer neuen Regierung seien nach fünf Wochen «in einer Sackgasse» angelangt, sagte Karamé am Mittwoch in Beirut. Er habe Präsident Emile Lahoud davon unterrichtet, dass er den Auftrag zur Regierungsbildung zurückgebe, sagte er vor den Medien.

Karamé war nach Massenprotesten der Opposition Ende Februar

von seinem Amt als Ministerpräsident zurückgetreten, von Lahoud aber erneut mit der Regierungsbildung beauftragt worden.

Opposition droht mit Generalstreik

Regierungsgegner drohten mit Protestaktionen. Mehrere Oppositionsparteien stünden miteinander in Kontakt, um «Massnahmen für einen Generalstreik und friedliche Demonstrationen» zu ergreifen, sagte ein Oppositionspolitiker.

Es sei nun klar, dass der Entschluss Karamés ein Entschluss vorausgegangen sei, die Wahlen zu verzögern und das Mandat des amtierenden Parlaments zu verlinkern. (sda/afp/dpa)

Muslimische Gebete. Das Festgebet ist in einer kleinen Moschee in der Grossstadt Beirut am Donnerstag um 20 Uhr zum Ende der heiligen Pilgerreise in den Boden geschlagen. In einer Moschee wurde das Gebet zum Propheten Mohammed, der im Jahr 610 in Mekka geboren wurde, begonnen. Die Pilgerreise wird im August abgeschlossen. Die Vereinten Nationen haben die Pilgerreise als einen der wichtigsten religiösen Ereignisse der Welt bezeichnet.